

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY

MATHIAS KOCH

Januar 2018

www.kas.de/bruessel

www.kas.de/bruessel

Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen – Europas Zukunft gestalten

Die Europäische Kommission veranstaltete am 08. und 09. Januar 2018 eine hochrangig besetzte Konferenz zum Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (MFR). Der Finanzrahmen, der für die Jahre 2020 bis 2027 gelten soll, definiert die maximalen jährlichen Ausgaben der EU in verschiedenen Bereichen und somit den Gesamtumfang des EU-Haushalts. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger plädierte für eine Erhöhung des Haushaltsvolumens von derzeit 1,0 Prozent des europäischen Bruttonationaleinkommens auf mindestens 1,1 Prozent. Zugleich legte Oettinger einen ambitionierten Zeitplan fest: Im Mai 2018 soll die Europäische Kommission ihren Haushaltsvorschlag vorlegen. Eine Einigung soll spätestens ein Jahr später erzielt werden, und damit noch vor den Europawahlen im Juni 2019.

Die Europäische Union steht finanziell vor zwei grundlegenden Herausforderungen. Erstens wird mit Großbritannien einer der größten Beitragszahler aus der Gemeinschaft austreten. Großbritannien beteiligte sich im Jahr 2016 mit rund €13 Milliarden am gemeinsamen Haushalt. Zweitens sieht sich die EU im Jahr 2018 mit grundlegenden neuen Anforderungen in den Bereichen Migration und Verteidigung konfrontiert.

Haushaltskommissar Oettinger schlug vor, die durch den Brexit entstehende Einnahmelücke zu gleichen Teilen durch Einsparungen und durch erhöhte Beiträge der verbleibenden Mitgliedsstaaten zu kompensieren. In den Bereichen Migration und Verteidigung sprach sich Oettinger dafür aus, die zusätzlich benötigten

Mittel zu 20 Prozent aus Umstrukturierungen und Einsparungen und zu 80 Prozent aus neuen nationalen Beiträgen zu gewinnen. Der EU-Haushalt solle somit auf mindestens 1,1 Prozent des europäischen Bruttonationaleinkommens wachsen.

Oettinger warb nachdrücklich um Kompromissfähigkeit auf Seiten der Mitgliedsstaaten. „Wer seine eigenen Positionen betonierte, sorgt für Handlungsunfähigkeit,“ so der Kommissar. Nur durch Flexibilität könne das ambitionierte Ziel erreicht werden, den Mehrjährigen Finanzrahmen noch vor der Europawahl im Jahr 2019 zu verabschieden. Oettinger sprach in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, in unsicheren Zeiten die Handlungsfähigkeit von Demokratien zu beweisen.

Ausdrücklich von Einsparungen ausnehmen möchte Oettinger das Programm Erasmus+ (€14,8 Milliarden) sowie Investitionen in Forschung und Innovation im Rahmen von Horizon 2020 (€74,8 Milliarden). Auch Kürzungen in den administrativen Ausgaben der Europäischen Union erteilte Oettinger eine Absage.

In den Bereichen Agrar- und Kohäsionspolitik, welche zusammen rund zwei Drittel des gesamten EU-Haushaltes ausmachen, brachte Oettinger moderate Kürzungen ins Gespräch. Der Kommissar ließ jedoch keine Zweifel an der zukünftigen Bedeutung dieser Programme. „Wir müssen vermeiden, dass traditionelle und neue Aufgaben in Konkurrenz zueinander treten,“ so Oettinger. Wer eine umfangreichere Migrationspolitik alleine durch Einsparungen bei der Kohäsionspolitik finanziere, der spalte die europäische Familie.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. HARDY OSTRY
MATHIAS KOCH

Januar 2018

www.kas.de/bruessel

Auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach sich in seiner Rede für ein höheres EU-Budget aus. Die EU solle zunächst ihre politischen Ziele definieren und auf deren Basis anschließend der Haushalt festlegen. Auch Juncker forderte eine nicht näher spezifizierte Erhöhung der für die europäische Politik zur Verfügung stehenden Mittel. Die EU koste den durchschnittlichen Europäer täglich eine Tasse Kaffee, so Juncker. „Ich bin der Überzeugung, Europa ist mehr wert als das.“ Die Debatte um den EU-Haushalt solle sich nicht in erster Linie damit befassen, wer Nettogeber und Nettoempfänger ist, so Juncker. „Als Präsident der Kommission bin ich strikt der Auffassung, dass es in Europa haushaltspolitisch betrachtet zwar Nettogeber gibt. Politisch aber sind wir alle Nettoempfänger.“

Diskussion um den Europäischen Mehrwert

Im Zentrum der Diskussion um den MFR stand das Konzept des Europäischen Mehrwertes (*European added value*). Professor Friedrich Heinemann vom ZEW Mannheim sah vor dem Hintergrund des Brexits und der erhöhten finanziellen Anforderungen in den Bereichen Migration und Verteidigung den europäischen Mehrwert als wichtiges Entscheidungskriterium. Er rekurrierte auf das von der Europäischen Kommission veröffentlichte Reflexionspapier zur Zukunft der EU Finanzen, welches den Europäischen Mehrwert eng an das Subsidiaritätsprinzip bindet. Die Legitimitätskriterien für EU-Ausgaben lägen somit in den Fragen: (1) Führt eine EU-Maßnahme zu einem Mehrwert und (2) geht dieser Wert über den durch vergleichbare nationale Maßnahmen generierten Mehrwert hinaus? Auch Oettinger nahm in seiner Rede Bezug zum Prinzip des Mehrwertes. Keine Euro solle ohne *European added value* ausgegeben werden, so Oettinger. „Ich bekenne mich zum Prinzip der Subsidiarität.“

Ein ambitionierter Zeitplan

Oettingers Aussagen zu möglichen Kürzungen bei der EU-Kohäsionspolitik stießen vor allem bei den mittel- und osteuropäischen Ländern auf Ablehnung. Im Rahmen der Konferenz sprachen sich mehrere Länder gegen Einsparungen in diesem Bereich aus, darunter Ungarn und Bulgarien, welches Anfang des Jahres die Europäische Ratspräsidentschaft übernahm. Polen kritisierte die von Frankreich vorgebrachte Überlegung, die Mittel aus den Strukturfonds in Zukunft an Bedingungen wie Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen. Die EU-Kommission strengte im Dezember ein beispielloses Verfahren gegen Polens Justizreform an. Das Land erhält jährlich rund €10 Milliarden EU-Gelder mehr, als es selbst einzahlt.

Ein anderes kontroverses Thema werden die von der EU gewährten Rabatte sein. Durch den Austritt Großbritanniens, dem prominentesten Nutznießer einer Ausnahmeregelung, bekommt dieses Thema neue Relevanz. Neben Großbritannien gilt eine Ausnahmeregelung auch für Dänemark, Deutschland, Niederlande, Schweden und Österreich. Die EU-Kommission sprach sich in ihrem Reflexionspapier bereits deutlich für eine Abschaffung aller Rabatte aus. Deutschland, welches bereits der größte Beitragszahler der EU ist, würde dadurch noch stärker belastet als es durch die Erhöhung des Haushaltsvolumens ohnehin bereits vorgesehen ist.

Oettinger wird im kommenden Jahr mit viel Verhandlungsgeschick diese und andere Differenzen überbrücken müssen, wenn er seinen ehrgeizigen Zeitplan einhalten möchte, denn die Verabschiedung des MFR erfordert Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten im Rat. Trotz einer teils grundlegend anderen Ausgangslage der EU im Vergleich zu früheren MFR-Verhandlungen wird sich zeigen, in wie weit die Mitgliedstaaten dazu bereit sind, ihre finanziellen Interessen hintan zu stellen und eine grundlegende Reform des EU-Budgets zu wagen. Die Kommission bekräftigte ihr Vorhaben am 10. Januar im Kollegium der EU-Kommissare.